

SPD-Ratsfraktion Everswinkel

zum

Haushalt 2014

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, liebe Fraktionsmitglieder,

2013 war für mich mein erstes ganzes Jahr, durch das ich die SPD als Fraktionsvorsitzender begleitet habe. Es wurde ein sehr bewegtes Jahr mit Höhen und Tiefen.

Beginnen möchte ich meine Ausführungen mit der Bundesebene. Es gab eine Bundestagswahl, die unserer Republik nach der Auszählung ein Ergebnis bescherte, das nicht gleich zu einer Regierungsbildung führte. Es brauchte mehrere Monate und viele Verhandlungen. Seit dem Wochenende wissen wir, dass eine Koalition aus CDU und SPD zukünftig regieren wird. Viele Kommunalpolitiker erhoffen sich von dieser Regierung mehr finanzielle Entlastung für unsere Städte und Gemeinden. Vom Bund auf die Kommunen übertragene Leistungen müssen viel stärker als bisher auch vom Bund finanziert werden. Dafür sollten wir uns alle einsetzen. Hoffen wir, dass wir dabei Erfolg haben werden.

Fortfahren möchte ich mit einer insgesamt positiven lokalen Entwicklung. Es liegt noch gar nicht lange zurück, da beherrschte das Thema Einzelhandel, Verkaufsfläche und Kaufkraftbindung vor Ort, die Gespräche in Everswinkel und viele Bürgerinnen und Bürger machten sich Sorgen um die Zukunft und die Attraktivität unserer Gemeinde. Zwischenzeitlich hat der erweiterte Aldi-Markt eröffnet, am neuen Penny-Supermarkt wird kräftig gebaut und nun wird auch noch eine Filiale der Rossmann Drogerien im Ortskern eröffnen. Letztendlich hat sich hier das beharrliche Bemühen der meisten Parteien am Versuch den Ortskern weiter zu stärken ausgezahlt und dies obwohl eine Partei hierbei wenig hilfreich agiert hat. Insgesamt ein hervorragendes Ergebnis für unsere Kommune. Wir sind überzeugt, dass dieses zusätzliche Angebot unserer Gemeinde sicherlich guttun wird.

Allen, die sich an diesen Entscheidungsprozessen beteiligt haben, möchte für Ihr Engagement danken, insbesondere der Verwaltung, die bei den Vorbereitungen hierfür, vielfältige Aufgaben gemeistert hat.

Es gab aber auch Politikfelder, in denen die Meinungen weiter auseinanderlagen. Die Vorstellungen zur Wohnungsbaupolitik gehörten eindeutig dazu.

Betrachtet man die Entwicklung der Bevölkerung in den letzten Jahren zeigen sich zwei Veränderungen:

Zunächst zeigt sich, dass die Einwohnerzahl zurückgeht. Seit dem Höhepunkt, im Jahr 2004, ist die Zahl der Bewohner hier im Ort um ca. 240 gesunken. Die uns vorliegenden Prognosen bis 2030 gehen von weiteren Rückgängen um mindestens ca. 280 Einwohner bei der positivsten Berechnung aus. Dies bedeutet einen Gesamtverlust bis von deutlich über 500 Einwohnern.

Daneben wird sich aber auch die Alterszusammensetzung der verbleibenden Bevölkerung in unserer Gemeinde verändern. Der Anteil der 25-45-Jährigen wird kleiner und der Anteil der über 65-Jährigen wird anwachsen.

Diese Entwicklung wird zukünftig auch nicht mehr durch Zuzug in unsere Gemeinde aufgehalten, denn alle Prognosen zeigen auch eine Verschiebung der Bevölkerung vom ländlichen Raum hin zu den sogenannten Boom-Regionen. Für uns bedeutete dies somit eine Verschärfung der Situation.

Diese Veränderungen werden eine Reihe von Folgen nach sich ziehen. Die Nachfrage nach Bauland wird insgesamt zurückgehen, weil gerade die 25-45 Jährigen hauptsächlich die Gruppe der Bauherren ausmacht. Für den immer größeren Anteil älterer Menschen benötigen wir Wohnungen, die deren Bedürfnissen entsprechen. Also zum Beispiel im Erdgeschoß gelegene oder über einen Fahrstuhl verfügende und nahe am Ortskern angesiedelte Wohneinheiten, damit die Bewohner auch die Geschäfte und Infrastruktur erreichen können. In der Fachliteratur wird hier auch bildlich der Begriff Rollatorentfernung eingesetzt.

Mit diesen Veränderungen sollten wir uns als Kommunalpolitiker beschäftigen, umso die richtigen Weichenstellungen für die Zukunft vornehmen zu können. Damit hier ein erster Schritt getan wird, hatte die SPD-Fraktion den Antrag gestellt für die Wohnbauentwicklung ein Leitbild zu erarbeiten. Bereits der Versuch sich mit diesen Problemen einmal theoretisch zu beschäftigen wurde von CDU und FDP blockiert. Als Begründung hieß es; wir würden uns doch bereits mit den Folgen der demografischen Entwicklung beschäftigen und beispielsweise für abgesenkte Bürgersteige sorgen. Das ist gut, aber nur die alleine werden die Probleme, die auf uns zukommen nicht lösen. Die Folgen der beschriebenen Veränderungen werden wir an ganz unterschiedlichen Stellen registrieren können. Betrachten wir einmal die bereits vorhandenen Immobilien. Es wird von unseren Entscheidungen abhängen wie sich der Wert der Häuser in den kommenden Jahren entwickeln wird. Denn während von 2004 bis 2011 die Einwohnerzahl um 244 zurückgegangen ist, wurde im gleichen Zeitraum die Zahl der Gebäude um 160, die der Wohnungen sogar um 178 erhöht. Nimmt man beide Zahlen zusammen, bedeutet dies, dass 2011 bereits ca. 260 Wohnungen mehr zur Verfügung standen. Jeder kann sich leicht ausrechnen, dass die Fortführung dieser Entwicklung sehr schnell dazu führt, dass wir leer stehende Wohnungen haben werden. Die führen dann ganz schnell auch zu einem erheblichen Wertverlust der bestehenden Immobilien. Schon jetzt erleben unsere Hausbesitzer, dass es schwieriger wird, freiwerdende Wohnungen wieder zu vermieten bzw. Immobilien zu verkaufen.

Aber statt sich dieser Entwicklung zu stellen, scheint das einzige Rezept hier vor Ort die weitere Ausweisung von Wohngebieten an den Rändern der bisherigen Wohnquartiere zu sein. Wodurch einige hoffen neue Einwohner zu erhalten. Immer mehr Wohnungen und ganze Häuser werden so im Ortskern irgendwann leer stehen. Mich erinnert dieses handeln an einen Autobesitzer, der immer mehr Spoiler und Seitenverkleidungen an seinem Fahrzeug anbringt während im Inneren der Motor verrottet und die Sitze verschlissen sind.

Natürlich ist auch die SPD-Fraktion der Meinung, dass es auch weiterhin die Möglichkeit geben muss hier in Everswinkel bauen zu können, aber wir sollten sehr behutsam mit diesem Instrument umgehen. Insbesondere sollten wir uns verstärkt darum kümmern alles Machbare

zu tun, optimale Rahmenbedingungen zu schaffen, damit ältere Immobilien attraktiv für junge Familien werden können bzw. damit vorhandene Immobilien Altengerecht umgewandelt werden können. Und manchmal wird vielleicht auch ein Abriss mit anschließender Neubebauung erforderlich sein. Hierzu gibt es in anderen Kommunen bereits erfolgreiche Modelle, wir müssen uns nur endlich darum kümmern und auf den Weg machen. Ein erster Schritt könnte die Erstellung eines Leerstandsregisters sein. So hätten Interessenten die Möglichkeit zu erfahren wo und welche Immobilien zur Verfügung stehen.

Ein Rückgang der Bevölkerung wird aber auch Auswirkungen auf unseren Haushalt haben. Von der Zahl der Einwohner ist auch die Höhe unserer Steuereinnahmen abhängig, denn danach berechnet sich unser Anteil bei den Steuerumlagen. Ein Aspekt, den wir bisher noch gar nicht betrachtet haben.

Damit möchte ich nun zu den Zahlen des Haushaltsentwurfes kommen. Dabei beschreibt der Bürgermeister auf der einen Seite eine erfreuliche Entwicklung auf der Seite der Steuereinnahmen und gleichzeitig beschwert er sich über das Ausbleiben von Schlüsselzuweisungen und die in 2014 zu zahlende Solidarumlage. Der Bürgermeister sieht dann in seinem abschließenden Resümee die weggefallenen Schlüsselzuweisungen zusammen mit der zu zahlenden Solidarumlage sogar als Grund für eine möglicherweise drohende Haushaltsicherung.

Im Kern wird hier das Prinzip des kommunalen Finanzausgleiches angesprochen.

Der kommunale Finanzausgleich ist Teil des Steuerverbundes, d.h. der Verteilung von Steuereinnahmen zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Für Kommunen soll dadurch das Ziel erreicht werden, dass ihre Verpflichtungen mit den zur Verfügung stehenden Einnahmen zur Deckung gebracht werden. Hierzu werden die normierten durchschnittlichen Ausgabebelastungen einerseits und die Steuerkraft einer Kommune andererseits verglichen. Ist nun die Ausgabenbelastung einer Kommune höher als deren Steuerkraft, soll es zwischen diesen beiden Schlüsselgrößen zu einem zumindest partiellen Ausgleich kommen. Dazu dienen dann die sogenannten Schlüsselzuweisungen.

Bei der Betrachtung der Situation in Everswinkel ergibt sich zum einen eine sehr hohe Steuerkraft (siehe die Steuereinnahmen der letzten Jahre), für 2014 gehen wir von Steigerungen bei den Gemeindeanteilen für die Einkommensteuer und bei der Umsatzsteuer aus, während die Gewerbesteuer auf gleichbleibend hohem Niveau erwartet wird.

Also halten wir fest: hohe Steuereinnahmen auf der einen Seite. Auf der anderen Seite hat Everswinkel bei den Ausgaben überschaubare Belastungen bei den Soziallasten. Jedenfalls deutlich weniger als viele andere Kommunen in NRW, insbesondere in den großen Kommunen. Genau diese Situation, mit sehr guten Steuereinnahmen gegenüber überschaubaren Sozialausgaben führt nun aber bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen dazu, dass kein Ausgleich erfolgen muss und somit Everswinkel rechnerisch keine Schlüsselzuweisungen zustehen. Wir könnten eigentlich stolz darauf sein, dass wir aus eigener Kraft unseren Verpflichtungen nachkommen können und nicht auf Hilfe von außen angewiesen sind. Stattdessen fangen wir an zu klagen und beschweren uns eine Finanzierungssäule wäre weggebrochen. Nochmals: Schlüsselzuweisungen sind der Versuch Unterschiede und Ungerechtigkeiten zwischen den Kommunen auszugleichen, kein fester Bestandteil des Haushaltes.

Im Rahmen seiner Haushaltseinbringung hat sich der Bürgermeister sehr ausführlich mit den Themen Solidarumlage und Schlüsselzuweisungen auseinandergesetzt. Wie einseitig dabei die Argumentation gegen die amtierende Landesregierung gerichtet ist wird deutlich wenn man sich um mit den Korrekturen zum Einheitslastenabrechnungsgesetz beschäftigt. Da hatte die ehemalige schwarz-gelbe Landesregierung den Kommunen 3,5 Milliarden Euro unberechtigt entzogen. In diesem Jahr erhielten die Kommunen die Beträge für die Jahre 2007-2011 zurückerstattet und im kommenden Jahr wird der Betrag für das Jahr 2012 erstattet. Für Everswinkel bedeutete dies in diesem Jahr eine Rückerstattung von 438.000 € und in 2014 nochmals 208.000 €. Bereits mit diesen Erstattungen könnte Everswinkel die Solidarumlage für 3 Jahre finanzieren. Weitere Erwähnung in der Haushaltsrede fand dieses Geld jedoch nicht.

Bei der Haushaltseinbringung wird diese Automatik ignoriert, nach der steigende Steuereinkünfte sowohl zur Reduzierung von Schlüsselzuweisungen als auch zur Berechnung der Solidarumlage

führen. Betrachtet man nun die Zahlen für Everswinkel genau, werfen sich weitere Fragen auf. Im Vorbericht des Haushaltes steht, dass die Steuerkraftmesszahl von 2006 bis 2014 um 65% gestiegen ist. Für unsere Gemeinde bedeutet dies eine Steuermehreinnahme von ca. 3.320.000 €. Dies führt in der Berechnungskonsequenz zum Wegfall der Schlüsselzuweisungen von jährlich ca. 620.000 €. Zieht man dies und die 220.000 € Solidarumlage für 2014 davon ab, bleiben immer noch ca. 2.480.000 € mehr Steuereinnahmen übrig, verglichen mit 2006. An dieser Stelle möchte ich aber noch auf etwas Anderes hinweisen. Im Jahr 2006 hatten wir in unserer Gemeinde mit -54.720 € einen fast ausgeglichen Haushalt, für 2014 gehen wir von einem Defizit mit -1.875.000 € aus. Also bei 2.480.000 zusätzlichen Steuereinnahmen fehlen uns am Ende von 2014 knapp 2 Mio. Euro. Dies bedeutet, In der Summe werden 2014 ca. 4.300.000 € mehr benötigt als im Jahr 2006. Statt aber einmal über diese gewaltige Ausgabensteigerung nachzudenken beschränken sich die verantwortlichen lediglich auf die Aufsummierung fehlender Schlüsselzuweisungen und der Solidarumlage und führen diese dann als Erklärung für unseren Fehlbetrag an.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

uns reicht dies nicht als Erklärung. Natürlich sieht auch die SPD-Fraktion, dass den Kommunen immer mehr Leistungen von Land und Bund übertragen werden. Hier sind wir sicherlich bei der grundsätzlichen Einschätzung nahe bei den anderen Parteien des Gemeinderates. Aber es gibt auch eine Menge hausgemachte Mehrausgaben, die zu dieser Entwicklung beigetragen haben. So sind wir beispielsweise seit Einführung des NKF dazu verpflichtet auch die Folgekosten einer geplanten Maßnahme zu berücksichtigen. Aber genau dies geschieht häufig nicht, oder nur unzureichend. Das alleinige Vorhandensein von liquiden Mitteln ist als Entscheidungskriterium schon lange nicht mehr ausreichend. Es reicht nicht zu sagen die Mittel sind doch da, wir müssen auch die zukünftigen Folgebelastungen mit einbeziehen. Betrachten wir zum Beispiel die in den Haushalt eingestellten 330.000 € für die Erweiterung der Grundschule in Alverskirchen. Wir sind uns alle einig, dass Investitionen in die Zukunft unserer Kinder gut angelegtes Geld ist. Gleichzeitig müssen wir aber bei solchen Entscheidungen auch die Folgen für die Zukunft und damit auch für die kommende Generation mit berücksichtigen. Die Folgekosten wurden uns aber überhaupt nicht

vorgelegt. Wie auch, wenn bei Beginn der Haushaltberatung noch von einer vorübergehenden Containerlösung mit jährlich 18.000 € Mietkosten ausgegangen wurde und diese erst im Schul- Sport- und Kulturausschuss verworfen und durch eine permanente Lösung mit einem neuen Gebäude im Jahr 2015 ersetzt wurde, für die wir aber schon jetzt das Geld einstellen. Hier wurde wieder einmal während der Haushaltsdebatte eine für die Zukunft folgenschwere Entscheidung getroffen. Dabei hätte uns doch die Vorgehensweise bei der Umgestaltung der Grundschule in Everswinkel eine Warnung sein müssen. Auch dort wurde bei den Haushaltsberatungen für 2013 zunächst nur eine Überschrift genannt und diese dann nach ersten Plänen mit 600.000 € für die Jahre 2013 und 2014 eingestellt. Im Mai 2013 wurden wir dann unterrichtet, dass die Kosten sich um 50% erhöht hätten und das der Umbau nun ca. 900.000 € kosten wird. Auch für die Grundschule Everswinkel liegen uns bis jetzt noch keine Folgekostenberechnungen vor.

Aber lassen sie mich noch versuchen etwas anderes am Beispiel der geplanten Baumaßnahmen an der Grundschule in Alverskirchen zu verdeutlichen. Dort zeigte sich, dass neben der geforderten Veränderung im Bereich der Schule noch zwei weitere Maßnahmen diskutiert wurden, eine Baumaßnahme im Kindergarten und erweiterter Raumbedarf für den Sportverein DJK-Rot-Weiß. Hier wurde zwar der lobenswerte Versuch gestartet eine gemeinsame Lösung für alle drei Bereiche zu finden, aber die Suche danach wurde schon recht bald wieder aufgegeben. Stattdessen wurden zwei Einzellösungen für Grundschule und Kindergarten beschlossen und der Sportverein wird vorerst leer ausgehen.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

die Suche nach einer Paketlösung wie sie hier möglich gewesen wäre muss zukünftig der bevorzugte Lösungsansatz sein. Statt teurerer Einzellösungen müssen wir noch häufiger nach Kombinationslösungen suchen. Denn es liegt doch auf der Hand, dass drei Gebäude mit der dazugehörigen Infrastruktur mehr kosten als die Lösung unter einem Dach. Der Begriff Kommune leitet sich vom lateinischen Begriff „communis“ ab und bedeutet gemeinschaftlich. Gemeinschaftliche Lösungen müssen das Ziel für die Zukunft sein. Es gibt weitere Beispiele wo eine gemeinsame Maßnahme für mehrere Beteiligte eine insgesamt

kostengünstigere Lösung hätte sein können, von der alternativen Planung und Nutzung der Sporthalle an der Waldorfschule aus der Vergangenheit bis zur aktuell gescheiterten gemeinsamen Nutzung eines Soccerfeldes durch Grundschule und Sportverein in Everswinkel. Hier brauchen wir einen Umdenkprozess. Es muss für alle Beteiligten deutlich werden, dass wir nicht mehr wie in der Vergangenheit alle Bedürfnisse exklusiv als Einzellösung werden bedienen können. Für einen solchen Veränderungsprozess benötigen wir aber mehr Zeit bei den Beratungen. Solche ganzheitlichen Lösungen brauchen oft auch mehr Beharrlichkeit. So etwas ist innerhalb der zeitlich sehr straff organisierten Haushaltsberatungen nicht zu leisten. Die SPD wünscht sich deshalb zukünftig, dass dabei die Haushaltsberatungen das Ende und nicht der Anfang einer Entscheidung sind.

Es kann doch nicht sein, dass der Bürgermeister bei der Einbringung der Themen gar keine konkreten Vorschläge macht sondern meint, liebe Politiker entscheiden sie selbst was sie wollen und wie viel es kosten darf. So erfolgte es in diesem Jahr bei der Planung für die Grundschulerweiterung in Alverskirchen. Im letzten Jahr war dies ähnlich bei der Entscheidung für den Kunstrasenplatz des SCDJK oder bei der Entscheidung für das ÖPNV-Projekt. Wenn aber Entscheidungen nach ausreichender Beratung erfolgen sollen, kann dies nicht auf diese Art und Weise innerhalb der Haushaltsberatungen getroffen werden. Dazu benötigt es mehr Zeit, sonst wird vieles ohne ausreichenden Abwägungsprozess entschieden.

In diesem Jahr gab es dann sogar eine Position mit 50.000 € für die Umgestaltung des Kindergartens in Alverskirchen, die der Bürgermeister nicht einmal in seiner Haushaltseinbringung erwähnt hat, obwohl sie bereits seit Februar zwischen katholischer Kirche und Verwaltung beraten wurde. Ein zusätzlicher Antrag des SCDJK, zu einem Soccerfeld, fiel erst während der Beratungen auf unsere Tische.

Interessant für unsere Fraktion war der neuerliche Umgang mit unserem Antrag zur Radwegbeleuchtung zwischen Everswinkel und

Alverskirchen. Nachdem im Kreisbauausschuss für die Sanierung dieses Radweges 400.000 € zur Verfügung gestellt wurden, haben wir beantragt parallel mit den anstehenden Sanierungsmaßnahmen den Radweg mit Laternen zu bestücken. Der Radweg soll in einer Länge von 2,3 km erneuert werden, weil er sich nach Angaben des Kreises in einem desolaten Zustand befindet. Dies ist eine interessante Feststellung, da die CDU im letzten Jahr unseren damaligen Antrag zur Beleuchtung unter anderem mit der Begründung ablehnte es handele sich hier um einen sensationell sicher gebauten Radweg. So kann man sich irren. Auch das vom Kreis vorgebrachte Argument, das es sich hierbei um einen der meistbefahrenen Radwege im gesamten Kreisgebiet handelt führte leider nicht zur Zustimmung für die beantragten 35.000 €. Diesmal wurde der Antrag von CDU und FDP abgelehnt, weil man angeblich keine neuen Standards einführen und Geld sparen wolle. Gleichzeitig werden aber 80.000 € für ca. 350 m Fuß/Radweg entlang der Sendenhorsterstraße bis zur Bushaltestelle Kluck eingestellt. Dieser Weg soll errichtet werden weil wenige Kinder sich an eine nicht für sie vorgesehene Bushaltestelle begeben. Bei der Beleuchtung eines Radweges, der nicht zuletzt, von vielen Kindern und Schülern genutzt wird, um zu ihrer Schule oder den verschiedenen Sportstätten zu gelangen, wird von einem nicht gewünschten neuen Standard gesprochen. Manchen Argumenten kann man einfach nicht folgen. Dabei würde diese Radwegbeleuchtung gut für unser Image sein und könnte für positive Werbung sorgen. Gerade unserer eigenen Bevölkerung würde man so signalisieren, dass wir uns um ihre Sicherheit kümmern und so dafür sorgen dass sich die Nutzer des Radweges hier sicher und wohl fühlen können. So investiertes Geld würde sicherlich mehr Nutzen erzeugen, als die bisher bereits insgesamt eingestellten 60.000 € für unser Marketingkonzept, für das immer noch nicht festgelegt wurde welches Ziel eigentlich damit erreicht werden soll. In 2014 wird für 4000 € 12 Monate lang auf dem Heck eines Busses für Everswinkel beworben. Außerdem werden für weitere 5000 € an insgesamt 4 Standorten für jeweils 4 mal 10 Tage Großplakate zu sehen sein und für weitere 3000 € werden im Cineplex Münster in einem Saal für einen Monat lang unsere Filmclips zu sehen sein.

Die finanziellen Auswirkungen der verschiedenen Projektkonten bei der WestGKA bleiben im Rahmen des Haushaltsentwurfes unberücksichtigt. Dabei stellen diese nach Darstellung des Bürgermeisters ein erhebliches Risiko dar. Dieses Themenfeld wurde zwar bei der Haushaltseinbringung gestreift, aber eingestellt wurde für 2014 zunächst noch nichts. Um die Situation richtig bewerten zu können muss erst einmal geklärt werden, ob die WestGKA die Konten selbst weiterführen kann und will. Sollte dies nicht möglich sein, wäre zu klären ob es einen neuen Investor geben wird, der an die bisherigen Aufgaben der WestGKA übernehmen kann. Sollte auch dies keine Option sein muss geklärt werden welche Kosten bei der Übernahme für die Gemeinde entstehen und wann hierfür Zahlungen fließen sollen. Da diese Fragen zurzeit alle noch nicht geklärt sind, ergibt sich eine erhebliche Ungenauigkeit bei der Berechnung des Finanzbedarfs, die der Bürgermeister in seiner Rede bereits mit 1.3 Mio. € erwähnt hat. Die momentane Situation beinhaltet so viele Unwägbarkeiten, dass wir das tatsächliche Risiko nur schwer einschätzen können. Wir würden es für eine übliche Vorgehensweise halten bereits im Haushalt 2014 hierfür Gelder einzustellen.

Dem Themenkomplex Königskamp werde ich heute nichts hinzufügen, da eigentlich bereits alles gesagt wurde, wenn auch noch nicht von jedem. Zurzeit warten wir auf den geforderten und unabdingbaren Nachweis des Bedarfs sowie der Erstellung der Prognose und gleichzeitig auf den endgültigen Abschluss des juristischen Verfahrens. Erst danach können wir die weiteren Schritte beraten.

Für die SPD-Fraktion lässt sich zusammenfassend feststellen, in Rahmen der Haushaltsberatungen gab es erneut Entscheidungen, die kurzfristig und mit der heißen Nadel gestrickt wurden, Hierbei fehlten für uns auch wieder an einigen Stellen die Kalkulationen zu den Folgekosten. Es ist keine Berücksichtigung der Risiken bezüglich einer Abwicklung der Projektkonten bei der WestGKA vorgesehen. Weder im laufenden Jahr noch jetzt hier bei den Haushaltsberatungen hat es einen Ansatz für die Lösung der fehlenden Differenzierungsräume für die Grundschule Everswinkel gegeben, stattdessen soll weiter abgewartet werden. Statt gemeinschaftliche Lösungen herbeizuführen gibt es an einigen Stellen im Haushalt erneut exklusive Einzellösungen, die uns auf lange Sicht zusätzliches Geld kosten werden. Aufgrund dieser Liste wird die SPD-Fraktion den Haushalt 2014 nicht mittragen.

Schon dort nahm das Thema Baugebiet Königskamp breiten Raum ein. Allerdings ging es bei den Ausführungen nicht um die Beschäftigung mit den Besonderheiten des eigentlichen Baugebietes. Gegenstand der Erörterung war vielmehr eine vermeintlich juristische Betrachtung eines Klageverfahrens gegen dieses Baugebiet. An vielen Stellen ging es dann aber nach meiner Wahrnehmung mehr um die Beschäftigung mit dem Kläger, als um den eigentlichen Inhalt des Klageverfahrens. Um eine aus diesem Grund habe ich dann kurz nach den Haushaltsberatungen

Abschließend würde ich noch gerne noch etwas zum Umgang miteinander ansprechen. Während des zurückliegenden Jahres habe sowohl ich als Fraktionsvorsitzender als auch die gesamte SPD-Fraktion vieles hier vor Ort erlebt.

Ein schönes Beispiel war das Bauvorhaben an der Grundschule in Everswinkel. Auch dieses Projekt wurde den Kommunalpolitiker im Rahmen der Haushaltseinbringung durch den Bürgermeister lediglich benannt. Im Schul- Sport- und Kulturausschuss wurden dann erstmals die eigentlichen Pläne besprochen und dann auch schon mit dem Haushalt 600.000 € eingestellt. Bereits im Mai 2013 stand dann fest, dass das geplante Projekt sich um 50% auf nun gut 900.000 € verteuern würde. Solide und nachhaltige Planung stellen wir uns anders vor. Wir würden uns wünschen, dass die Haushaltsberatungen in den kommenden Jahren wieder anders ablaufen.

Es begann bereits im Rahmen der letzten Haushaltsdebatte. Da gab es z.B. das Thema ÖPNV-Konzept, zu dem wurden uns, trotz Anfrage, keine Informationen durch den Bürgermeister gegeben.